ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald

November 2022

Guten Tag!

Die Preise für Lebensmittel und Energie machen uns arm. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland sollten angeblich die Aggression gegen die Ukraine stoppen. Man möchte Russland in den Ruin treiben. Das Ziel wird jedoch krachend verfehlt. Bereits im ersten Halbjahr 2022 wurde der Rekordgewinn von Gazprom im Jahr 2021 überschritten: Insgesamt sind es ca. 70 Milliarden Euro, von denen ca. die Hälfte in den russischen Staatshaushalt fließen. Der Grund: Die Sanktionen des Westens treiben die Preise hoch. Das treibt nicht Russland in den Ruin, sondern vor allem die Bevölkerung in Deutschland.
Die Arbeitsplätze von zehntausenden Menschen sind bedroht. Die Konzerne machen weiter Profite, Unternehmen wie z.B. BASF, E.ON, BMW, Allianz und die Deutsche Post kündigen eine Steigerung der Rendite für 2022 an. Zur Kasse werden wir gebeten – Arbeiter, Angestellte, der kleine Mittelstand. Die Almosen der Regierung, wie die 300 € Energiepauschale für Beschäftigte reichen nicht um die drohende Verarmung, Gassperren und den Verlust von Wohnungen aufzuhalten. Ebenso wenig wird uns der „Doppelwums“ von
200 Milliarden Euro für die Banken und Konzerne helfen. Wir werden für die Rettung der Banken und Konzerne zahlen müssen! Mit verstärkten Angriffen auf unsere sozialen und demokratischen Rechte durch die Unternehmer und ihrer Regierung müssen wir rechnen.

Eben erst hat Arbeitgeberpräsident Dulger während des Hafenarbeiterstreiks die Einschränkung des Streikrechts durch einen „nationalen Notstand“ gefordert. Mit der Ankündigung einer härteren Gangart sollen die Lasten des Wirtschaftskriegs auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden.

Wir sollen auf unseren jetzt schon bescheidenen Wohlstand verzichten, damit sie ihre geopolitischen Interessen durchsetzen können. Unsere Antwort darauf kann nur der Protest auf der Straße, Streiks in den Betrieben und die Auseinandersetzung um ein anderes Wirtschaftssystem, sein.

Nord Stream 2 muss sofort in Betrieb genommen werden. (*Einer der 2 Stränge von Nord Stream 2 blieb intakt*). Die Sperrung führt dazu, dass viele Menschen sich die Energiepreise nicht mehr leisten können. Das betrifft uns alle – wir müssen uns wehren. Kriege werden durch Verhandlungen und nicht durch Sanktionen beendet. Weiterhin ist fraglich, ob die Sanktionen überhaupt ihre Wirkung entfalten, wie die Bundesregierung lauthals behauptet. Russland hat in den ersten 100 Tagen seit Kriegsbeginn mehr an der Ausfuhr von Öl und Gas verdient als im Vorjahreszeitraum.

Die Rekordpreise für Erdöl und Erdgas und die allgemeine hohe Inflation sind das direkte Ergebnis der von den USA betriebenen und von der Bundesrepublik akzeptierten Sanktionspolitik. Wir beteiligen uns an Demonstrationen des DGB unter dem Motto „Solidarisch durch die Krise“ in deutschen Großstädten. Allerdings kann es für uns nicht nur um die Abfederung der Krisenlasten für uns gehen – sondern uns geht es auch um die Bekämpfung der Wurzel der aktuellen Krise, den Wirtschaftskrieg.

Weg mit den Sanktionen – Stoppt den Wirtschaftskrieg!

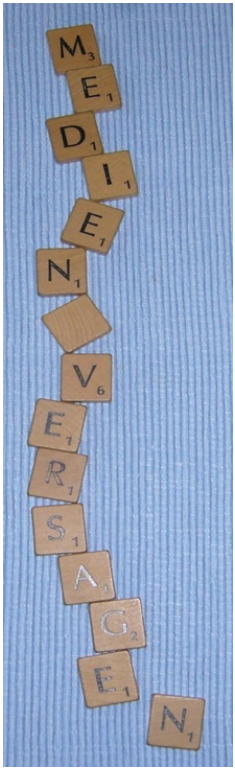
DKP Hessen

Was ist nur mit unseren Medien los?

Medien, so wird erwartet, sollen in einer demokratischen Gesellschaft neben Legislative, Judikative und Exekutive eine vierte Gewalt ausüben. Das heißt: sie sollen die Regierung, die Richterschaft und die

vollziehende Gewalt kontrollieren und die Bevölkerung darüber unterrichten. Das hat noch nie richtig gut funktioniert. Seit Corona und Ukrainekrieg hat sich eine eingefärbte, parteiische und regierungsnahe Berichterstattung etabliert. Von Objektivität keine Spur! Diese erzeugt schlechtesten Falls ein Mitläufertum oder führt bei kritischen Menschen zum Verzicht auf Medienkonsum.

Bei Corona führte es dazu, dass durch pausenlose Panikmache die Menschen zum Impfen gedrängt und Skeptiker ausgegrenzt wurden. Kritische Stimmen aus der Wissenschaft wurden zum Schweigen gebracht und aus Diskussionen herausgehalten. Inzwischen lässt sich nicht mehr verschweigen, dass die Impfmittel nicht das hielten, was von ihnen versprochen und erwartet wurde. Die größte Gruppe, der wegen Corona auf Intensivstationen versorgten, sind derzeit die dreifach Geimpften. Siehe: RKI-Wochenbericht (Seite 18) (Robert-Koch-Institut) https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Wochenbericht/Wochenbericht_2022-10-20.pdf?__blob=publicationFile



Noch einseitiger ist die Berichterstattung unserer Medien im Falle des Ukrainekrieges. Kaum ein Medium hält es für geboten, seine Nutzer über die Vorgeschichte zu informieren. Aufmerksame Beobachter konnten verfolgen, wie von Seiten der USA durch bewusstes Schüren von Konflikten Keile zwischen die ehemaligen Sowjetrepubliken getrieben wurden. Altes Machtinstrument: Teile und herrsche! Beginnend mit der Finanzierung der „orangen Revolution“ in Kiew durch USA und EU, dann der Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung und die 5 Mrd.-Dollar-Investition der USA in dieses Projekt. Da die russischstämmige Bevölkerung des Donbas (ca.40% Russen) und der Krim (59% Russen) diesen Putsch und die nationalistisch-ukrainische Putschregierung nicht anerkennen wollte, begann 2014 der ukrainische Bürgerkrieg zur Unterwerfung der abtrünnigen Gebiete. Die acht Jahre Kanonenterror gegen die Zivilbevölkerung von Lugansk und Donezk, der über 14.000 Kinder, Frauen und Männer zum Opfer

fielen, fanden bei uns so gut wie keine Erwähnung. Die russische Sprache wurde in der Ukraine verboten, ebenso alle Oppositionsparteien, allen voran die Kommunistische, die immerhin mit 13,2 Prozent im Parlament vertreten war. Das Bestehen auf demokratischer Regierungspolitik in der Ukraine findet in unseren Medien nicht mehr statt. Hauptsache, die Ukraine wird Teil des Westens. In diesem Stellvertreterkrieg wird gegen Russland mit NATO-Waffen bis zum letzten Ukrainer gekämpft.
Dieser Wahnsinn kann nur durch Verhandlungen gestoppt werden!

R. Weber

Unsere Forderungen sind:

- Gesetzliche Senkung der Energiepreise
  auf das Niveau von Juni 2021!
- Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie!
- Stoppt den Wirtschaftskrieg – Nord Stream-Pipelines reparieren und in Betrieb nehmen!
- Frieden geht nur mit Russland und China!
- Hochrüstung und Waffenlieferungen stoppen – stattdessen Verhandlungen!
- Atomwaffen raus aus Deutschland!
- Raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!

Spenden sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt
Stichwort „ODENWALDKURIER“
IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail rfan@mail.de